

Anträge

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag	Mache Europa zu DEINEM Europa	2
D-1	Dringlichkeitsantrag: Europa braucht mehr Freiheit und mehr Internet. Europa braucht keine Uploadfilter.	7
A16	Sichere Herkunftsstaaten neu denken!	8
A18	Kinder haben ein Recht auf Gesundheit – Impfpflicht in Deutschland einführen	9
A17	Planungsbeschleunigung zur Sicherung von Mobilität und Wohlstand	10
S1	Erleichterung der Ladung in elektronischer Form	12
S2	§ 18 – Aufgaben des Landeshauptausschusses	13
S3	Aufnahme eines Mitgliederentscheids u.ä. in die Landessatzung	14
S4	§ 25 Aufstellung von Wahlbewerbern	15

Antrag Leitantrag: Mache Europa zu DEINEM Europa

Laufende Nummer: 12

Mache Europa zu DEINEM Europa

Der Landesparteitag möge beschließen:

Mache Europa zu DEINEM Europa

Die Europäische Union hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als Erfolgsmodell behauptet. Wir Freie Demokraten wollen diese Union auf europäischer, nationaler aber auch auf Landesebene weiterentwickeln und stärken.

Die Europäische Union steht für Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und das auch in Ländern, in denen die Menschen bis vor gut 30 Jahren in Unfreiheit leben mussten. Die Europäische Union ist Grundlage und Garant für Frieden und Wohlstand in unserem Land.

Wir treten deshalb für eine starke Europäische Union ein und wollen das Zusammenwachsen der Menschen in Europa, die in dieser Wertegemeinschaft leben, weiter fördern und vor Angriffen von außen und innen schützen. Wir wollen ein einiges Europa, das die Besonderheiten seiner Regionen und der Menschen, die in diesen leben, achtet und schützt.

Wir setzen uns ein für ein starkes Europa, das den historischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, gewachsen ist. Es gibt Nachbarregionen im Osten und Süden der Europäischen Union, die instabil und uns oft nicht freundlich gesonnen sind. Der Kurs unseres langjährigen Freundes und Partners im Westen, den Vereinigten Staaten von Amerika, ist und bleibt ungewiss. In Fernost wächst mit China ein Wettbewerber heran, der seine politischen und wirtschaftlichen Interessen weltweit mit Macht durchzusetzen versucht. Nur eine geeinte Union in Europa kann ein wirksames Gegengewicht zu diesen Kräften sein.

Wir müssen aber auch nach innen für die europäische Idee werben. Wir stellen vermehrt nationalistisch orientierte Fliehkräfte in Teilen unserer Gesellschaft fest, die sich klar gegen die Grundprinzipien und Überzeugungen stellen, die die Europäische Wertegemeinschaft über viele Jahre geprägt haben. Und vor uns steht der Brexit, der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Nur wenn die europäischen Nationen zusammenstehen, werden wir diese Herausforderungen meistern.

Zu diesen politisch- gesellschaftlichen Herausforderungen gesellen sich die technisch-wirtschaftlichen. Globalisierung und Digitalisierung, aber auch Klimawandel und Migrantenströme sowie die sicherheitspolitische Lage oder die Stabilität unserer europäischen Währung sind Herausforderungen, die kein Land der Europäischen Union allein bewältigen kann. Nur in der Gemeinschaft sind wir stark und nur so können wir unser Schicksal global mitbestimmen.

Eine starke Europäische Union ist der Garant für unsere europäische Lebensweise, die auf liberalen Werten gründet und uns ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dies wollen wir Freie Demokraten bewahren, weiterentwickeln und stärken, ohne dass die regionalen Besonderheiten vernachlässigt werden. Europa ist und bleibt eine Gemeinschaft der Nationen und der Regionen und jede hat ihre Eigenheiten.

So sehr wir die Einigkeit der Staaten in Europa brauchen, so sehr müssen wir auch die regionalen Eigenarten bewahren und respektieren, die für ein Europa der Vielfalt stehen. Gerade in Schleswig-Holstein wissen wir, wie Menschen unterschiedlichster Volksgruppen friedlich zusammenleben können. Wenn sich in unserem Land Dithmarscher, Friesen, Dänen, Holsteiner und viele andere alle gemeinsam als Schleswig-Holsteiner begreifen, dann muss das auch im Großen, auf europäischer Ebene möglich sein. Schleswig-Holstein kann ein Vorbild für ein geeintes Europa sein. Deshalb wollen wir unsere schleswig-holsteinischen und durchaus liberal geprägten Grundüberzeugungen in unser Europa einbringen.

Unsere Ziele für ein Europa, in dem Schleswig-Holstein ein fester Bestandteil und loyaler Partner ist, sind:

- DEIN EUROPA – demokratisch und bundesstaatlich

Unser Ziel ist ein demokratisches und bundesstaatliches Europa mit einer Europäischen Verfassung. Wir treten ein für eine Stärkung der Rechte des Europaparlamentes durch die Übertragung von Budget- und Initiativrechten.

Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass die Europäische Union für die Bereiche zuständig ist, für die einheitliche europaweite Regeln erforderlich und sinnvoll sind. Dazu gehören insbesondere der Binnenmarkt, die Außen- und Sicherheitspolitik, der Klimaschutz einschließlich der Energiepolitik, der Schutz der Außengrenzen und die Einwanderungs- und Asylpolitik. Bereiche, die keiner europaweiten Regelung bedürfen, bleiben in der Verantwortung der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen, um die Vielfalt und die regionalen Besonderheiten in Europa zu erhalten.

- DEIN EUROPA – bessere Bildungschancen

Wir Freie Demokraten setzen uns für Bildungsfreizügigkeit als fünfte Säule des Binnenmarktes ein. Unsere Überzeugung ist, dass Europa insbesondere vom Austausch von Wissen, Ideen und Innovationen lebt. Wir brauchen eine europäische Wissensgesellschaft, die gemeinsam an Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Probleme arbeitet.

Auch in der beruflichen Bildung brauchen wir eine Vernetzung des Wissens. Wir werden uns daher für einen umfassenderen und intensiveren Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen einsetzen. Wir Freie Demokraten fordern, den europäischen Austausch in der beruflichen Ausbildung auszubauen und die Ausbildung in einem anderen EU-Staat zu ermöglichen. Das Land Schleswig-Holstein sollte vorangehen und eine „Vernetzungsstrategie Berufliche Bildung“ erarbeiten, damit Berufsbildende Schulen und Betriebe mit Unterstützung des Landes noch häufiger und intensiver mit Partnerinstitutionen in anderen EU- Staaten kooperieren können. Wir brauchen zudem eine europäische Ausbildungsagentur, um freie Ausbildungsplätze länderübergreifend vermitteln zu können.

Um den Menschen in Europa die Möglichkeit der Freizügigkeit aufzuzeigen, ist der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) als Übersetzungsinstrument von nationaler Qualifikation bekannter zu machen. Außerdem ist die Bekanntheit der bestehenden rechtlichen Regelungen zur Anerkennung von beruflichen Qualifikationen zu steigern. Den Menschen wird so aufgezeigt, dass sie sich in Europa beruflich entfalten und dort leben können, wo sie es möchten. der europäischen Mitgliedstaaten können nur gewahrt werden, wenn wir gemeinsam als Europäische Union in der Welt auftreten. Wir Freie Demokraten fordern daher eine gemeinsame und einheitliche europäische

Außen-, Sicherheits- und Entwicklungshilfepolitik, um den großen Mächten auf der Welt, insbesondere den USA, Russland und China auf Augenhöhe begegnen zu können.

Wir Freie Demokraten treten für gemeinsame europäische Streitkräfte ein, die in die NATO integriert sind, und die Voraussetzung dafür sind, dass wir die europäischen Sicherheitsinteressen erfolgreich vertreten können.

Dies beinhaltet, dass die europäischen Streitkräfte und die europäische Rüstung gestärkt werden. Gleichzeitig befürworten wir einheitliche europäische Maßstäbe für Rüstungslieferungen in das nicht-europäische Ausland.

Die bisherige europäische Migrationspolitik hat sich als untauglich erwiesen. Nationale Alleingänge haben das europäische System, insbesondere Dublin III endgültig zum Scheitern gebracht und im Ergebnis in weiten Teilen außer Kraft gesetzt. Die Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten war nicht gerecht und durch einen Mangel an Solidarität geprägt.

Wir Freie Demokraten fordern daher, die europäische Migrationspolitik neu zu ordnen und zu vereinheitlichen. Für Migranten, die als Asylbewerber oder Flüchtlinge nach Europa kommen, darf es nur noch ein aufenthaltsrechtliches Verfahren innerhalb der Europäischen Union geben, für das einheitliche in allen Mitgliedstaaten geltende Standards zur Anwendung kommen. Rechtskräftige Entscheidungen, die in einem Mitgliedstaat getroffen wurden, gelten EU-weit und sind ohne weiteres in jedem anderen Mitgliedstaat vollstreckbar.

Neben dem Recht auf Asyl und dem Schutz von Flüchtlingen setzen wir Freie Demokraten uns ein für ein europäisches Einwanderungsrecht mit strengen Zugangskriterien und einem Punktesystem, um die Fachkräftezuwanderung steuern zu können. Dabei haben wir das Verständnis, dass Einwanderung dauerhafte Zuwanderung bedeutet und folglich die Einbürgerung in ein EU-Land zum Ziel hat. Das fördert die Integration der Einwanderer und wirkt der Entstehung von Parallelgesellschaften entgegen.

- DEIN EUROPA – Innovationskraft für eine bessere Zukunft

Um den Wohlstand unserer Gesellschaft für die Zukunft zu sichern, stärken wir die Wertschöpfungskette von Bildung über Forschung zu Entwicklung und Innovation. Schleswig-Holstein verfügt über hochrangige Forschungseinrichtungen und eine Vielzahl von Hochtechnologieunternehmen, die den internationalen Wettbewerb nicht scheuen müssen. Wir wollen die Forschung in Schleswig-Holstein im europäischen Verbund weiter stärken und die Rahmenbedingungen für einen Technologietransfer verbessern, damit die Unternehmen in Schleswig-Holstein im europäischen Vergleich konkurrenzfähig bleiben.

Zentrale Bedeutung für die Innovationskraft unseres Landes hat die Digitalisierung. Sie beeinflusst alle Lebensbereiche nachhaltig und Schleswig-Holstein bekennt sich dazu, den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten, damit die Chancen der Digitalisierung zum Wohle der Menschen genutzt werden können, ohne die Risiken aus dem Blick zu verlieren.

Wir Freie Demokraten wollen in Europa einen Ordnungsrahmen für die digitale Welt schaffen, der einerseits den freien Zugang zu Informationen, insbesondere die Netzneutralität sicherstellt und so wenig wie möglich in die Freiheitsrechte eingreift. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sowie die Meinungs- und Medienfreiheit, insbesondere im Internet müssen gewährleistet werden. Andererseits müssen wir Regeln europaweit schaffen, die dem Schutz öffentlicher Schutzgüter,

insbesondere dem Schutz von Eigentums- und Urheberrechten sowie dem Verbraucher- und Jugendschutz und dem Schutz vor digitaler Kriminalität dienen. Wir werden uns als Freie Demokraten in Europa dafür einsetzen, dass europäische Regeln sowohl die Freiheit des Internets als auch die freie Nutzung des Internets respektieren und jeglicher Eingriff in Freiheitsrechte einer strengen Verhältnismäßigkeitsprüfung unterzogen wird. Daher lehnen wir Artikel 11 und Artikel 13 der geplanten Urheberrechtsreform entschieden ab. Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass Überregulierung die Innovationskraft behindert, die die Digitalisierung für alle Lebensbereiche besitzen kann.

- DEIN EUROPA – Wirtschaft stärken, Umwelt schützen

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft, die der Garant für unseren Wohlstand und den sozialen Frieden in unserem Land ist. Wirtschaft stärken heißt für uns, den Menschen in unserem Land die bestmöglichen Chancen zu gewähren, um wirtschaftlichen Erfolg zu haben, sei es in einem Beschäftigungsverhältnis oder als Unternehmerin oder Unternehmer. Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass diese Chancen durch überbordende Regulierung nicht beeinträchtigt oder gar unterbunden werden.

Wir Freien Demokraten sehen den Schutz der Umweltmedien Luft und Wasser, den Erhalt unserer Biodiversität als eine wichtige europäische Aufgabe an. Nord- und Ostsee sind europäische Meere, für deren Schutz die Europäische Union eine besondere Verantwortung hat. Wir fordern die EU auf, die in den Naturbeobachtungen festgestellten Erfolge der Natur- und Umweltpolitik durch Anpassung der Richtlinien und Verordnungen zu berücksichtigen. einerseits und Umwelt- und Naturschutz andererseits einen Interessenausgleich schaffen müssen, der beiden Ziele gerecht wird. Mensch, Natur und Wirtschaft dürfen nicht im Widerspruch zueinanderstehen. Wir wollen in Schleswig-Holstein mit vielen innovativen Ideen und Konzepten vorangehen, um Wege aufzuzeigen, wie wir die Bedürfnisse und Interessen der Menschen an einer prosperierenden Wirtschaft einerseits und an einer heilen und lebenswerten Natur andererseits in Einklang bringen können.

Klimapolitik muss international gedacht werden. Die Freien Demokraten sehen den Zertifikatehandel für den Ausstoß klimaschädlicher Emissionen als ein marktwirtschaftliches Instrument, um dem Klimawandel auf liberale Art zu begegnen. Um diesen effektiv zu gestalten, muss die Anzahl von Zertifikaten zügig reduziert werden. Außerdem sollen Zertifikate stets versteigert werden. Die Bereiche Verkehr und Landwirtschaft müssen in den Emissionszertifikatehandel integriert werden. verlieren. Wir müssen in der Lage sein, große Infrastrukturvorhaben wie die Elbvertiefung, die Feste Fehmarnbeltquerung oder den Bau der A20 zügig zu realisieren. Ein wichtiger Baustein dabei ist Planungssicherheit. Das setzt voraus, dass sich in der Planungsphase bis zur rechtskräftigen Entscheidung die zu beachtenden Rahmenbedingungen nicht laufend ändern, wie dies in der Vergangenheit immer wieder geschehen ist. Wir fordern daher, dass das Planungsrecht auch auf europäischer Ebene so angepasst wird, dass für eine Planung allein die Rechtslage maßgeblich ist, die zum Zeitpunkt ihrer Fertigstellung gegolten hat. So werden Großprojekte wieder plan- und realisierbar.

Wir Freie Demokraten treten darüber hinaus ein für eine strategische Wirtschaftspolitik im Euroraum, die die unabhängige Währungspolitik der Europäischen Zentralbank durch den Dreiklang von Reformen in den Mitgliedstaaten, Mobilisierung von Investitionskapital und einen echten öffentlichen Schuldenabbau unterstützt.

- Dein Europa: Starke Soziale Rechte und Gesundheit

Mit der Europawahl 2019 entscheidet sich auch, wie die sozialen Rechte der Menschen in Europa weiter mit Leben gefüllt und durchgesetzt werden. Denn eine Gemeinschaft wie die Europäische Union ist den Menschen verpflichtet, die in ihr leben.

Wir Freie Demokraten wollen die Koordinierung der Sozialen Sicherungssysteme der Mitgliedsstaaten stärken, damit alle Europäerinnen und Europäer von der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union nicht nur Gebrauch machen können, sondern auch sozial abgesichert sind. Andererseits wird durch eine bessere Koordinierung aber auch verhindert, dass Leistungen mehrfach in Anspruch genommen werden.

Bereits heute bekommen Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mit der Europäischen Krankenversicherungskarte in allen Ländern medizinische Hilfe. Gesund zu sein, ist die beste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Daher setzen wir Freie Demokraten uns für eine Verbesserung der Umsetzung von Prävention und Gesundheitsförderung ein.

Darüber hinaus soll die European Disability Card der EU-Kommission in eine einheitliche europäische Regelung für Behindertenausweise münden, um die Möglichkeiten der Betroffenen für den interkulturellen Austausch und die Integration zu verbessern. Dabei sollen einheitliche Regelungen gefunden werden, die in jedem Mitgliedsstaat identisch sind. Wir Freien Demokraten wollen so eine generelle Erleichterung im Sinne von Gleichbehandlung und Teilhabe bewirken.

Schleswig-Holstein ist (auch) ein Agrarland. Die Landwirtschaft ist für unser Land ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor, dem wir Freiräume gewähren müssen, damit die Land- und Forstwirte als freie, selbstbestimmte und verantwortungsbewusste Unternehmer tätig werden können.

Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass die europäische Agrarpolitik marktwirtschaftlich modernisiert werden muss. Wir brauchen Entbürokratisierung, damit für die Mitgliedstaaten größere Spielräume geschaffen werden, um die regionalen Besonderheiten besser berücksichtigen zu können. Wir wollen Programme entwickeln, um landwirtschaftliche Betriebe zu befähigen, schrittweise die Abhängigkeit von Fördermitteln zu reduzieren und gleichzeitig wirtschaftlichen Erfolg zu haben, ohne dabei den Tier- und Naturschutz zu vernachlässigen. Damit leisten wir einen Beitrag zu fairen Wettbewerbsbedingungen in der europäischen Landwirtschaft und das hilft auch unseren hochqualifizierten Landwirtschaftsbetrieben in Schleswig-Holstein.

Antrag D-1: Dringlichkeitsantrag: Europa braucht mehr Freiheit und mehr Internet. Europa braucht keine Uploadfilter.

Laufende Nummer: 57

Dringlichkeitsantrag: Europa braucht mehr Freiheit und mehr Internet. Europa braucht keine Uploadfilter.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Europa braucht mehr Freiheit und mehr Internet. Europa braucht keine Uploadfilter.

Wir Freie Demokraten lehnen Uploadfilter in der geplanten Richtlinie für das Urheberrecht im Digitalen Binnenmarkt strikt ab. Wir unterstützen und grüßen die europaweiten Demonstrationen für ein freies Internet am heutigen Tag.

Die FDP Schleswig-Holstein ist tief besorgt über die Einigung des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Richtlinie für das Urheberrecht im Digitalen Binnenmarkt, insbesondere im Hinblick auf Artikel 13 der Richtlinie, dessen Anforderungen Dienste nur durch Einrichtung von Upload-Filtern erfüllen können.

Wir rufen alle Abgeordneten im Europaparlament auf, die Warnungen der Experten und der Netzgemeinde aufzunehmen und den vorliegenden Entwurf abzulehnen.

Upload-Filter haben eine automatisierte Zensur von nutzergenerierten Inhalten und damit eine Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit zur Folge. Sie stärken am Ende große Konzerne zu Lasten innovativer kleiner Anbieter, die entsprechende Technologie lediglich als Dienstleistung beziehen können.

Gerade vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen um eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Rechtsstaatlichkeit auch in europäischen Ländern sowie der vorhandenen und geplanten Abschottung vor dem freien Internet, z.B. in China und Russland, ist die Einführung einer derartigen Kontrollinfrastruktur das falsche Zeichen.

Wir Freie Demokraten befürchten einen erheblichen negativen Einfluss auf die digitale Kultur in Europa und Schleswig-Holstein, auf Unternehmen, Bürger, Start-Ups sowie digitale Innovationen einschließlich der Bereitstellung digitaler Inhalte und Verfahren bei Behörden.

Wir Freie Demokraten stehen für einen effektiven Urheberrechtsschutz. Hierfür bietet sich eine gezielte Weiterentwicklung der existierenden Notice-and-Take-Down-Verfahren an.

Europa braucht eine Stärkung der Informations- und Meinungsfreiheit und eine Stärkung des Vertrauens in den Schutz der gemeinsamen Bürgerrechte. Europa braucht keine Upload-Filter.

Antrag A16: Sichere Herkunftsstaaten neu denken!

Laufende Nummer: 34

Sichere Herkunftsstaaten neu denken!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Sichere Herkunftsstaaten neu denken!

Für uns Freie Demokraten ist das Menschenrecht auf Asyl nicht verhandelbar. Dem steht nicht entgegen, dass wir effektive Mechanismen für die Entscheidung über die Schutzbedürftigkeit entwickeln müssen, um Asylverfahren wirksam zu beschleunigen, ohne allerdings das Schutzbedürfnis des Einzelnen zu vernachlässigen.

Wir Freie Demokraten erkennen an, dass Asylverfahren mit dem System der sog. Sicheren Herkunftsstaaten, wie dies in Art. 16a Abs. 3 GG geregelt ist, grundsätzlich effizienter gestaltet und beschleunigt werden können. Allerdings muss das heutige System weiterentwickelt werden, weil es bei der Entscheidung über Sichere Herkunftsländer nicht hinreichend differenzierte Entscheidungen ermöglicht.

Das heutige System der Sicheren Herkunftsstaaten lässt nur eine Entscheidung darüber zu, ob ein Staat insgesamt als sicher gilt oder nicht. Dieses „Alles-oder-Nichts“-Prinzip ist vor dem Hintergrund fragwürdig, dass in fast allen Ländern, die die Bundesregierung für sicher erklären will, rechtsstaatliche Defizite bestehen und das Risiko einer Verfolgung im Sinne des Asylrechts nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Es dürfte deshalb fraglich sein, ob bei solchen, nicht vollständig sicheren Ländern in Zukunft im Bundesrat die erforderlichen Mehrheiten für die Einstufung als sicher gefunden werden können.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten eine differenziertere Gestaltung des Systems der Sicheren Herkunftsstaaten. Staaten sollen nicht mehr nur insgesamt, sondern auch für einzelne Verfolgungsmerkmale, wie Rasse, Religion, politische Überzeugungen, Geschlecht, sexuelle Identität etc. als sicher eingestuft werden können. Bei Verfolgungsmerkmalen, bei denen ein Staat weiterhin als nicht sicher gilt, würde der Rechtsschutz weder im Asylverfahren selbst noch bei der Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen eingeschränkt werden.

Um einen Missbrauch auszuschließen, müssen Sanktionsregelungen für den Fall geschaffen werden, dass sich ein Ausländer nachweislich treu- und wahrheitswidrig auf ein privilegiertes Verfolgungsmerkmal beruft, bei dem der jeweilige Herkunftsstaat weiterhin als nicht sicher gilt.

Antrag A18: Kinder haben ein Recht auf Gesundheit – Impfpflicht in Deutschland einführen

Laufende Nummer: 36

Kinder haben ein Recht auf Gesundheit – Impfpflicht in Deutschland einführen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Kinder haben ein Recht auf Gesundheit – Impfpflicht in Deutschland einführen

Die FDP Schleswig-Holstein fordert die Durchsetzung einer allgemeinen Impfpflicht für Kinder bis zum 14. Lebensjahr. Die vorzunehmenden Impfungen orientieren sich an den Empfehlungen der ständige Impfkommision des Robert Koch Instituts. Der behandelnde Kinderarzt ist dazu angehalten, die Erziehungsberechtigten bei den regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen auf die Impfpflicht hinzuweisen. Des Weiteren soll eine erfolgte Impfung gegen Kinderkrankheiten Voraussetzung dafür sein, dass ein Kind in einer Krippe oder Kindertagesstätte aufgenommen werden kann.

Von der Impfpflicht sind die Kinder ausgenommen, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können.

Antrag A17: Planungsbeschleunigung zur Sicherung von Mobilität und Wohlstand

Laufende Nummer: 35

Planungsbeschleunigung zur Sicherung von Mobilität und Wohlstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Planungsbeschleunigung zur Sicherung von Mobilität und Wohlstand

Die FDP Schleswig-Holstein setzt sich konsequent für einen schnellstmöglichen Abbau des Sanierungs- und Ausbaustaus in unserer Verkehrsinfrastruktur ein. Wir wollen unsere Verkehrsinfrastruktur erheblich verbessern, um die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten und den Wohlstand unserer Gesellschaft sichern und mehren zu können. Eine funktionierende Infrastruktur trägt maßgeblich dazu bei, dass sich die einzelnen Bürgerinnen und Bürger frei entfalten können.

Der notwendige Erhalt und der sinnvolle Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur hängt allerdings nicht nur von der Bereitstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln ab, sondern auch von ausreichenden Planungskapazitäten und einer Reform des Planungsrechts, das mittlerweile zu einem Verhinderungsrecht geworden ist. Um politisch gewollte Verkehrsprojekte auch tatsächlich in einem angemessenen Zeitrahmen anpacken und umsetzen zu können, brauchen wir endlich ein effektiveres Planungsrecht.

Zur Beschleunigung von Planungsverfahren sollen daher folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Schaffung einer klaren Stichtagsregelung für eine bessere Rechts- und Planungssicherheit:

Veränderte Rahmenbedingungen, die sich erst nach Einreichen der Planungsunterlagen ergeben und somit im Planungsverfahren nicht berücksichtigt werden konnten, sollen demnach kein Einwendungsgrund mehr sein.

2. Wiedereinführung der materiellen Präklusion (auch durch Anpassung der europäischen Rechtsetzung):

Einwendungen, die nicht bereits im Anhörungsverfahren geltend gemacht wurden, werden von möglichen Prozessen ausgeschlossen. Die materielle Präklusion wird dabei durch eine Mitwirkungspflicht für Verbände ergänzt, wodurch strittige Punkte frühzeitig identifiziert und kooperativ erörtert werden. Wer sich nicht rechtzeitig beteiligt und einbringt, verliert somit sein späteres Klagerecht. Das Verbandsklagerecht wird hierdurch nicht eingeschränkt.

3. Festlegung der erstinstanzlichen Zuständigkeit von Oberverwaltungsgerichten (OVG) für Planungsverfahren bei Landesstraßen: Da die OVG bereits erstinstanzlich für Bundesfernstraßen zuständig sind, kann die dort vorhandene Expertise und Routine auch für Landesstraßen genutzt werden. Zudem ist die Einrichtung spezieller Kammern für Angelegenheiten des Planungsrechts in

Erwägung zu ziehen.

4. Anwendung von Maßnahmegesetzen („Legalplanung“) für besonders wichtige Verkehrsprojekte:
Der Gesetzgeber tritt dabei an die Stelle der Planfeststellungsbehörde und ist verpflichtet, an ihrer Stelle öffentliche und private Belange gegeneinander abzuwägen.
5. Reduzierung des kommunalen Anteils zur Finanzierung von Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen, um insbesondere die Umsetzung wichtiger TEN-Strecken zu beschleunigen.
6. Gesetzliche Klarstellung, für welche Änderungs- und Instandhaltungsvorhaben (z.B. Ersatzbauten von Brücken) keine Planfeststellung/Plangenehmigung notwendig ist.

Antrag S1: Erleichterung der Ladung in elektronischer Form

Laufende Nummer: 13

Erleichterung der Ladung in elektronischer Form

Der Landesparteitag möge beschließen:

Erleichterung der Ladung in elektronischer Form

a. Streiche in § 12 (1) Zeilen 3 und 4 der Landessatzung die Worte

„durch eingeschriebenen Brief“

und dementsprechend

b. füge in § 19 Geschäftsordnung einen Absatz (3) mit folgendem Text:

„Die Schriftform der Einladung kann ersetzt werden durch Übersendung in elektronischer Form (E-Mail oder Fax), solange das Mitglied diesem Vorgehen nicht widersprochen hat. Widersprüche sind in der Mitgliederdatei des Landesverbandes zu vermerken.“

Antrag S2: § 18 – Aufgaben des Landeshauptausschusses

Laufende Nummer: 14

§ 18 – Aufgaben des Landeshauptausschusses

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 18 – Aufgaben des Landeshauptausschusses

Ergänze § 18 (2) c Landessatzung hinter „...nach Landtagswahlen“ wie folgt:

„...über Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und über Regierungs- und Koalitionsbildung.“

Antrag S3: Aufnahme eines Mitgliederentscheids u.ä. in die Landessatzung

Laufende Nummer: 15

Aufnahme eines Mitgliederentscheids u.ä. in die Landessatzung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Aufnahme eines Mitgliederentscheids u.ä. in die Landessatzung

Füge hinter § 21 der Landessatzung folgenden § 21 a ein:

„§ 21 a Mitgliederentscheid/Mitgliederbefragung

- (1) Über wichtige politische Fragen, für die der Landesparteitag zuständig ist, kann ein Mitgliederentscheid bzw. eine Mitgliederbefragung durchgeführt werden.
- (2) Ein Mitgliederentscheid bzw. eine Mitgliederbefragung ist auf Beschluss des Landesvorstandes oder auf Antrag der Hälfte der Kreisverbände oder Ortsverbände durchzuführen.
- (3) Für die Durchführung eines Mitgliederentscheides bzw. einer Mitgliederbefragung gelten die §§ 21ff der FDP- Bundessatzung sowie die jeweils dazu gültige Verfahrensordnung der FDP für Mitgliederentscheide nach § 21 (8) Bundessatzung über politische Sachfragen sowie für Mitgliederbefragungen nach § 21a (6) Bundessatzung.“

Antrag S4: § 25 Aufstellung von Wahlbewerbern

Laufende Nummer: 16

§ 25 Aufstellung von Wahlbewerbern

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 25 Aufstellung von Wahlbewerbern

Füge in die Überschrift des § 25 hinzu

„Landesvertreterversammlung/Aufstellung von Wahlbewerbern“